

## Fußball-WM stört den Stundenplan

### Sollen Lehrer müde Schüler abfragen?

Von unserer Mitarbeiterin  
INA KRESSE

MÜNCHEN Wegen der Zeitverschiebung ist bei manchen Spielen der Fußball-WM in Brasilien erst um Mitternacht Anpfiff. Die deutsche Nationalelf hat in der Vorrunde zwar fernsehfreundliche Anstoßzeiten bis spätestens 21 Uhr erwirkt. Doch ab dem Achtelfinale beginnen die Spiele erst um zehn Uhr abends. Mit Verlängerung können sie sich bis tief in die Nacht hinziehen. Manche Eltern und Kinder fragen sich bereits jetzt, ob Lehrer Verständnis für müde Schüler aufbringen. Oder gibt es gar Regelungen in der WM-Zeit?

Der Sprecher des Kultusministeriums, Henning Gießen, gibt sich kulant. „Deutschland hat maximal sieben Spiele.“ Davon seien drei am Wochenende, zwei weitere um 18 Uhr, und dann gebe es mindestens zwei spätere Spiele. „Nun, hier würde vielleicht ein Entgegenkommen der Schule nötig sein“, sagt er.

Zwar werde man vonseiten des Ministeriums keine Vorgaben machen. „Die Verantwortung liegt hier bei den Schulen und den Lehrern“, spielt er den Ball weiter und verweist auf „einen großen pädagogischen Ermessensspielraum“. „Zum Beispiel, in der ersten Stunde nicht abfragen.“

Der Präsident des Bayerischen Lehrer- und Lehrerinnenverbandes, Klaus Wenzel, sieht das ähnlich. „Es gibt keine Absprachen bei den Lehrern. Aber wir haben bei den letzten Fußball-Weltmeisterschaften gute Erfahrungen gemacht, vor allem als die WM in Deutschland stattfand.“ Da habe sich gezeigt, dass Lehrer verantwortungsvoll mit dem Problem umgehen. „Wir geben bewusst keine Empfehlungen ab, weil wir wissen, dass die Schüler mit den Lehrern verhandeln. Auch Lehrer sind Menschen. Und es gibt ja auch keine schönere Nebensache als Fußball.“

## Dortmund verpasst den Halbfinal-Einzug nur knapp

DORTMUND (dpa) Borussia Dortmund hat das Wunder verpasst. Der Fußball-Bundesligist gewann das Rückspiel im Viertelfinale der Champions League gegen Real Madrid 2:0. Der Sieg durch die Tore von Nationalspieler Marco Reus (24., 37.) reichte dem BVB nach dem 0:3 im Hinspiel allerdings nicht zum Halbfinal-Einzug. An diesem Mittwoch spielt dann Bayern München gegen Manchester United um den Halbfinal-Einzug.

→ Sport Seite 27



Vor dem Landratsamt Bamberg: Mitglieder von Bürgerinitiativen protestieren gegen möglicher Standorte für neue Windkraftanlagen.

FOTO: ROGER MARTIN

## Protest gegen Windparks erfolgreich

### Planungsausschuss streicht einige der geplanten Standorte in West-Oberfranken

Von unserem Redaktionsmitglied  
ROGER MARTIN

BAMBERG/LICHTENFELS/WEISMALN

Im westlichen Oberfranken sollen nun weniger Vorrangflächen für die Errichtung von Windkraftanlagen ausgewiesen werden als ursprünglich vorgesehen. Der Planungsausschuss des Regionalen Planungsverbandes hat am Dienstag zusätzlich zu einer zwischenzeitlichen Verringerung auf 36 mögliche Standorte weitere Gebiete im Bereich der Landkreise Bamberg, Kronach, Lichtenfels, Coburg und Forchheim aus dem so genannten Regionalplan herausgestrichen. Vor allem im Bereich Weismain (Landkreis Lichtenfels) sind zur Freude von starken Bürgerinitiativen einige Gebiete herausgefallen, gegen die es auch Beschlüsse von Stadtrat und Kreisrat gegeben hatte.

Vor dem Landratsamt in Bamberg, wo die Ausschuss-Mitglieder gestern Vormittag tagten, protestierten vor Sitzungsbeginn rund 100 Mitglieder von Bürgerinitiativen aus dem Verbandsgebiet, darunter die BI Jurawindpark, mit Transparenten, Plakaten und Trillerpfeifen gegen Pläne für Windkraftanlagen an verschiedenen Orten.

Bambergs Landrat Günther Denzler erinnerte daran, dass die der Planungsverband Vorreiter bei der Ausweisung von Windenergieflächen im Regionalplan in Bayern gewesen sei. Rund ein Prozent der rund 367 000 Hektar umfassenden Fläche West-Oberfrankens sei für

Windenergieerzeugung geeignet, so Denzler weiter. Maßgabe bei der Beurteilung der Vorrangflächen seien einerseits die gesetzliche Vorgabe, der „Windkraft substantiell Raum zu geben“, andererseits die Belange von Mensch und Natur zu wahren. Die Ausweisung von Vorrangflächen schaffe konzentrierte Baugebiete für Windkraftanlagen und verhindere eine „Zerspargelung“ der Landschaft. Außerhalb von Vorrangflächen dürften, sobald die Bezirksregierung den Regionalplan für rechtsverbindlich erklärt hat, keine der bis zu 200 Meter hohen Windkraftanlagen errichtet werden. Auch die kommunale Selbstverwaltung könne sich nicht über diese Vorgaben

hinsetzen. „Ohne rechtsverbindlichen Regionalplan kann jeder Investor mit Genehmigung Windräder errichten, wo er will“, gab Denzler zu bedenken.

Das Gremium sprach sich zu Beginn gegen eine Vertagung des gesamten Tagesordnungspunktes Windkraft aus. Den Antrag hatte der Lichtenfelser Landrat Christian Meißner mit dem Hinweis auf die am gleichen Tag vom bayerischen Kabinett erörterte neue Abstandsregelung für Windkraftanlagen in Bayern gestellt (siehe Infobox). Demnach soll der Abstand von neuen Windkraftanlagen in Bayern das Zehnfache der Gesamthöhe der Anlage betragen. Günther Denzler meinte, der Planungs-

verband könne trotz Kabinettsbeschluss über die Windkraftgebiete entscheiden. Bei der Planung und Genehmigung von Anlagen müssten dann die neuen Abstandsvorschriften eingehalten beziehungsweise eventuelle Planungen entsprechend angepasst werden.

Bei der Sitzung im Landratsamt mussten die 18 Mitglieder 78 Beschlüsse zum Thema Windkraft fassen. Es kamen verschiedene Bürgermeister außerplanmäßig zu Wort, die eigentlich nicht dem Ausschuss angehören, so auch der Weismainer Bürgermeister Udo Dauer (siehe Seite 3). Sämtliche Wortbeiträge gegen die Ausweisung von Vorrangflächen wurden von Mitgliedern der Bürgerinitiativen beklatscht, zum Verdruss des Ausschuss-Vorsitzenden, der mehrmals darauf hinwies, dass so etwas in diesem Rahmen nicht üblich sei.

Unterschiedliche Auffassungen gab es im Ausschuss nicht nur über die Streichung von Vorrangflächen, sondern auch über mögliche Windrad-Standorte in Naturschutzgebieten. Vertreter der BI Brunn (Landkreis Bamberg) protestierten gegen die Ausweisung von Bauflächen im zugehörigen Landschaftsschutzgebiet Fränkische Schweiz/Veldensteiner Forst. Dort gibt es bereits gemeindliche Vorbereitungen für den Bau von acht Windrädern. Die Zustimmung oder Ablehnung machte der Planungsausschuss von einer Entscheidung des Bamberger Kreistags abhängig, ob für das Landschaftsschutzgebiet eine Ausnahme geschaffen wird.

### Thema Abstandsregelung im Kabinett Seehofer behandelt

(dpa) Nach der Grundsatzeinigung in Berlin will die bayerische Staatsregierung schnellstmöglich den Bau von Windrädern in Bayern erschweren. Die Staatsregierung will möglichst rasch die geplante Länderöffnungsklausel nutzen, die einen größeren Mindestabstand von Windrädern zu Wohnhäusern zulässt. Das teilte die Staatskanzlei am Dienstag nach der Kabinettsitzung mit. Grundsätzlich soll der Abstand das Zehnfache der Bauhöhe des jeweiligen Windrads betragen. Anlass der Änderung ist der heftige Widerstand gegen den Bau neuer Windräder in manchen Gemeinden. „Natürlich wollen wir das anders regulieren als bisher, weil wir festgestellt haben,

dass manche Bürger sich durch die bisherige Art der Planung überfahren fühlen“, sagte Innenminister Joachim Herrmann. Ausnahmen werden aber möglich sein: Gemeinden können „in einem Bebauungsplan auch geringere Abstände festsetzen“. Stichtag für die verschärften Vorschriften ist der 4. Februar. In Berlin muss dazu das Baugesetzbuch geändert werden, parallel dazu soll die Änderung der landesrechtlichen Vorschriften vorbereitet werden. Herrmann betonte, damit werde die Planungshoheit der Kommunen gestärkt. „Denn über die Lage von Windkraftanlagen wird dort entschieden, wo die Menschen unmittelbar betroffen sind.“

## EEG-Reform beschlossen

### Industrie wird geschont

BERLIN (dpa) Die Stromverbraucher in Deutschland werden wegen umfassender Industrie-Rabatte bei den Kosten der Ökostrom-Förderung weniger stark entlastet als erwartet. Im Kern werde die Industrie in etwa die gleiche Summe zahlen wie bisher, sagte Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) am Dienstag in Berlin. Zuvor hatte sich die Bundesregierung mit

werden. Der Präsident des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI), Ulrich Grillo, hatte die Bundesregierung aufgefordert die stromintensive Industrie auch weiterhin von der Ökostrom-Umlage zu entlasten. Die Unternehmen, die von der EEG-Umlage bislang befreit sind, müssten auch befreit bleiben, sagte Grillo am Dienstag. Die Entlastung schütze vor

### Kontakt

Geschäftsstelle: Tel. 095 71/788-50  
Kleinanzeigen: Tel. 095 71/788-88  
kundenservice@obermain.de  
Anzeigen (gewerblich): Tel. 095 71/788-14  
Fax 095 71/788-36  
anzeigen@obermain.de  
Abo-Service: Tel. 095 71/788-15  
kundenservice@obermain.de  
Redaktion: Tel. 095 71/788-20  
Fax 095 71/788-24  
redaktion@obermain.de  
Bad Staffelstein: Tel. 095 73/926-0  
Fax 095 73/926-29  
Altenkunstadt: Tel. 095 71/788-30  
Fax 095 71/788-32  
Internet: http://www.obermain.de

ANZEIGE

## RIESIGE NEUERÖFFNUNG

nach Umbau der Bad- und Küchenausstellung

bis zu **70%**  
Eröffnungsrabatt auf unsere  
Küchen- u. Bad-Ausstellungsstücke

+  
bis zu **35%**  
Aktionsrabatt auf alle Neuaufträge

## MÖBEL HOFMANN

Einrichtungshaus GmbH  
Rödental-Zentrum  
Telefon 09563/9060

# Fünf Fahrzeuge aufeinander geschoben

**TRIEB (lom)** Am Dienstagmorgen, gegen acht Uhr, übersah ein 30-jähriger Autofahrer aus Richtung Trieb kommend, dass sich an der „Michelauer Abfuhr“ an der B173 ein Rückstau gebildet hatte. Der Kulmbacher fuhr auf ein vor ihm stehendes Auto auf. Durch die folgende Kettenreaktion wurden vier weitere Fahrzeuge beschädigt.

Verletzt wurde bei dem Unfall mit insgesamt sechs beteiligten Fahrzeugen niemand, es entstand jedoch ein Schaden von insgesamt rund 23 000 Euro, wie die Polizei mitteilte.

## Polizeibericht

### Golden Retriever angefahren

**KLOSTERLANGHEIM** Am Montagvormittag fuhr eine 23-jährige Altenpflegerin mit ihrem Smart auf der Abteistraße. Auf Höhe einer Gastwirtschaft lief ihr ein Golden Retriever ins Auto und wurde durch den Zusammenstoß verletzt. Die Hundehalterin kümmerte sich eigenständig um die tierärztliche Versorgung ihres Vierbeiners. Insgesamt entstand ein Schaden von rund 500 Euro.

### Vorfahrt missachtet:

#### 5000 Euro Schaden

**LICHTENFELS** Rund 5000 Euro Schaden entstanden am Montagmorgen bei einem Verkehrsunfall in der Viktor-von-Scheffel-Straße. Ein 69-Jähriger kam mit seinem Opel Astra von der B 173 und wollte an der Abfahrt Mitte nach links in die Viktor-von-Scheffel-Straße einfahren. Hierbei übersah er eine vorfahrtberechtigte Opel Meriva-Fahrerin, die stadteinwärts unterwegs war. Im Einmündungsbereich kam es zum Zusammenstoß der beiden Fahrzeuge. Verletzt wurde bei dem Unfall glücklicherweise niemand.

### Wer vermisst sein Fahrrad?

**LICHTENFELS** Bereits seit längerer Zeit stand in der Parkanlage in der Waldstraße ein herrenloses, älteres Fahrrad der Marke Staiger, Typ Silvretta. Das Fahrrad ist mit einer 21-Gang-Shimano-Schaltung ausgestattet und lila-schwarz-farbig. Es hat noch einen geringen Zeitwert. Das Rad wurde dem Bauhof der Stadt Lichtenfels als Fundsache übergeben. Hier kann es vom rechtmäßigen Besitzer wieder abgeholt werden.

### 81-Jährige wendet an der Kreuzung und übersieht Suzuki

**REDWITZ** Am Montagmorgen fuhr eine 81-Jährige mit ihrem Opel Corsa die Unterlangenstädter Straße und wendete an der Kreuzung zur Ludwig-Vierling-Straße. Beim Wiederauffahren übersah sie eine vorfahrtberechtigte Suzuki-Fahrerin. Es kam zum Zusammenstoß der beiden Autos, verletzt wurde bei dem Unfall niemand. Der Schaden wird mit rund 3000 Euro beziffert.

### Beim Ausparken gerammt

**ALTENKUNSTADT** Zu einem Verkehrsunfall mit rund 2000 Euro Schaden kam es am Montagmorgen auf dem Parkplatz der Rewe in der Weismainer Straße. Eine 34-Jährige parkte mit ihrem Skoda aus einer Parklücke aus und übersah dabei einen VW Golf, der gerade vorbeifuhr. Bei dem Zusammenstoß wurde niemand verletzt.

### Altreifen illegal entsorgt

**NEUENSEE** Während eines Spazierganges bemerkte ein 39-Jähriger auf einem Waldweg nahe des Neuenseer Sportplatzes insgesamt acht Altreifen. Die Reifen sind noch auf Felgen und haben unterschiedliche Größen. Diese hatte ein Unbekannter hier offensichtlich illegal entsorgt.

**Hinweise** zum Täter erbittet die Polizeiinspektion Lichtenfels unter ☎ (09571) 95200.

# „Wir sind zufrieden“

## Planungsausschuss streicht drei Vorranggebiete für Windkraft aus dem Stadtgebiet Weismain

Von unserem Redaktionsmitglied  
**ROGER MARTIN**

**BAMBERG/LICHTENFELS/WEISMAIN** Trillerpfeifen ertönten gestern früh im Innenhof des Bamberger Landratsamtes. Gegner von geplanten Windkraftanlagen im westlichen Oberfranken hatten sich im Innenhof des Gebäudes platziert, um die Mitglieder des Planungsausschusses des Regionalen Planungsverbandes zu „begrüßen“. Die Landräte, Oberbürgermeister und Bürgermeister standen an diesem Dienstag vor einer Entscheidung, die das Landschaftsbild, die Wohn- und Lebensqualität, aber auch die künftige Energieversorgung in unserer Region nachhaltig beeinflussen und verändern wird.

Unter den Demonstranten waren auch etliche Repräsentanten der 7000 Mitglieder starken „Bürgerinitiative Jurawindpark“, die seit längerem gegen Windkraftanlagen auf dem Jura und vor allem im Stadtgebiet Weismain mobil macht. „Wir fordern, dass unser Bürgermeister rückhaltlos für die Ablehnung der geplanten Windparkgebiete auftritt, gegen die sich so viele Bürger zur Wehr setzen, weil sie unser Gebiet zu stark belasten“, sagte deren Sprecher Edwin Bergmann aus Fesselsdorf (Weismain). Im Bereich Weismain, zwischen Azenedorf und Wattendorf, sei die größte „Konzentrationsfläche für Windkraftanlagen in Bayern“ geplant. „Gegen den ausdrücklichen Willen der Bevölkerung“, so Bergmann. Es gebe bereits fast 7000 Unterschriften gegen die Pläne. Würden diese Vorranggebiete genehmigt, seien dramatische Folgen für die betroffene Region verbunden. Beispielsweise verlören Immobilien 50 bis 80 Prozent ihres Wertes, gesundheitliche Schäden für Menschen sowie Schäden für Landschaft und Natur seien unvermeidbar.

Ähnlich wie Bergmann argumentierten auch die anderen BI-Vertreter, die gespannt auf die Entscheidungen des Planungsausschusses warteten. Zuvor machten sie noch ihrem Protest Luft. Mitglieder des Ausschusses wurden mit vereinzelt Buhrufen „begrüßt“, Trillerpfeifen wurden aktiviert und die Plakate hochgehalten. Landrat Christian Meißner kam zusammen mit dem Weismainer Bürgermeister Udo Dauer an den Ort des Geschehens. Hochstadts Bürgermeister Thomas Kneipp nahm ebenfalls als Ausschussmitglied teil.

Weismain war bis gestern von den Planungen für Standorte neuer Windkraftanlagen außergewöhnlich stark betroffen. Viele windhöfliche Gebiete, wenig Landschaftsschutz und ein großes Einzugsgebiet seien Gründe, warum die Jurastadt verhältnismäßig viel Fläche für Windkraft biete, hatte Bereichsleiterin Christiane Odewald von der Regierung von Oberfranken schon im 2013 Mai gesagt.

### Dauer ergreift das Wort

Für Udo Dauer ging es bei der Sitzung des Planungsverbandes um viel. Er musste die Ausschuss-Mitglieder von der Ablehnung der heftig kritisierten Vorrangflächen im Stadtgebiet Weismain überzeugen. Das Stadtoberhaupt nutzte seine Chance: Das Thema Windkraft sei seit 2011 fast 20 Mal auf der Tagesordnung von Stadtratssitzungen gestanden. Zusätzlich zu den geplanten Standorten des Planungsverbandes West sei Weismain auch durch seine Grenzlage auch von Ausweisungen im Planungsverband Ost betroffen, sagte er.

„Der schöne Jurabereich ist stark betroffen“, so Dauer weiter. Weismain habe bereits etliche Anlagen zur Energiegewinnung auf seinem Gebiet, darunter mit dem Jura-Solarpark Fesselsdorf einen der größten in Bayern. Für den 3. Mai sei weiterhin der Spatenstich für den ersten Windpark im Landkreis Lichtenfels bei Seubersdorf geplant, dessen Standort vom Planungsverband Ost gemeinsam mit dem Landkreis Kulmbach ausgewiesen worden sei.

Die Weismainer hätten mehr als genug für die Energiegewinnung geleistet. „Ist es verwerflich, wenn die Fesselsdorfer und Buckendorfer keine zusätzlichen Windkraftanlagen wollen?“, fragte Dauer in die Runde. Hier führe auch noch



Unter Protest: Begleitet von Trillerpfeifen-Tönen protestierender Windpark-Gegner treffen hier Landrat Christian Meißner und Bürgermeister Udo Dauer (dahinter) am Landratsamt in Bamberg ein, wo der Planungsausschuss tagte.

FOTOS: ROGER MARTIN

eine 110-KV-Hochspannungsleitung durch die Landschaft. Stadtrat, Bundes- und Landtagsabgeordnete und Kreisausschuss seien dagegen. Dauer forderte, drei der bislang vorgesehenen Vorranggebiete, nämlich Geutenreuth Nord, Stadelhofen und Buckendorf Süd, aus den Planungen zu streichen.

### „Weismain ist ein Vorreiter in Sachen Energiewende.“

Günther Denzler  
Ausschuss-Vorsitzender des  
regionalen Planungsverbandes  
Oberfranken-West

Nach längerer Diskussion stimmte der Ausschuss tatsächlich für den Ausschluss dieser drei Gebiete. Ob solches schrittweise Zerbröckeln nicht den gesamten Regionalplan gefährde, lautete eine kritische Frage. „Weismain ist ein Vorreiter in Sachen Energiewende“, sagte Ausschussvorsitzender und Landrat Günther Denzler. Die Stadt werde durch die bisherige Planung mit neuen Energien überlastet. „Wenn wir verzichtbare Gebiete streichen, bringt das den Regionalplan nicht zum Kippen“, so Denzler. Dennoch gab es auch vom zuständigen Juristen der Bezirksregierung mahnende Worte. Thomas Engel meinte, jede Streichung müsste gut begründet sein, um sich zum Beispiel gegen mögliche Klagen



Nein zu Windrädern: Die Vertreter der Bürgerinitiative Jurawindpark mit Sprecher Edwin Bergmann (li) aus Weismain vor dem Landratsamt Bamberg.

von Windkraftanlagen-Betreibern zu wappnen. Landrat Meißner verwahrte sich gegen den Vorwurf eine Ausschuss-Mitglieds, es würden geplante Vorranggebiete wie im Falle Weismain „willkürlich“ herausgestrichen. Man habe sich mit den Bürgern auseinandergesetzt und die Entscheidung für oder gegen ein Gebiet reiflich überlegt, so der Landkreischef. Mit der Entscheidung vom Dienstag haben sich die Vorrangflä-

chen für neue Windkraftanlagen im Stadtgebiet Weismain und damit im heimischen Landkreis stark verringert. Bereits im vorherigen Anhörungsverfahren waren Modschiedel-West und Modschiedel-Süd weggefallen. Nicht gestrichen wurde hingegen trotz der Forderung Dauers Weismains Anteil in der Vorrangfläche Wattendorf-Wunkendorf, das zum größten Teil im Landkreis Bamberg liegt. Keine Windkraftanlage kommt hingegen in den Bereich Neuensee-Nord. Dies beschloss der Planungsausschuss ebenso.

Christiane Odewald von der Regierung von Oberfranken, die gestern sämtliche der 78 Beschlüsse zum Thema Windkraft moderierte, konnte auf Nachfrage unserer Zeitung nach der Marathon-Sitzung noch nicht genau beziffern, wie viel Hektar Fläche nach den Beschlüssen im Ausschuss für den Bau neuer Windkraftanlagen im Landkreis Lichtenfels übriggeblieben sind. Vor der Sitzung waren es 482 Hektar und damit 0,90 Prozent der gesamten Landkreisfläche.

Weismain könne nun nicht mehr behaupten, es werde mit Windenergie überlastet, meinte Odewald. Tatsache sei, dass es im Landkreis Lichtenfels künftig acht Vorrangflächen für Windkraftanlagen geben wird. Davon liegen nur zwei ausschließlich im Landkreis, darunter ist Isling Nord.

Bürgermeister Dauer zeigte sich gestern ebenso zufrieden mit dem Ergebnis wie BI-Sprecher Edwin Bergmann. „Viele Flächen von uns sind herausgestrichen worden. Wir sind insgesamt zufrieden. Respekt vor dem Bürgermeister“, sagte Bergmann.

## Meinung

### Gelebte Demokratie

Von **ROGER MARTIN**



Da soll noch mal einer sagen, Politiker seien nicht lernfähig oder Ausschüsse seien zu bürokratisch. Was die 18 Mitglieder des Regionalen Planungsverbandes am Dienstag der Öffentlichkeit vorführten, war ein Lehrbeispiel gelebter Demokratie. „Denken Sie an uns und überlegen Sie Ihre Entscheidungen gut“, gab die Vertreterin einer Bürgerinitiative den Ausschussmitgliedern an der Eingangstür auf den Weg. Drinnen im Saal diskutierte der Ausschuss dann stundenlang über die komplette künftige Stationierung von Windparks und Windkraftanlagen im westlichen Oberfranken. Die Beschlussvorschläge wur-

den nicht nur abgenickt, sondern gründlich abgewogen und manchmal auch abgelehnt. Manche Entscheidungen waren nicht unbedingt zu erwarten und wurden trotz mahnender Bemerkungen der Bezirksregierungsvertreter gefasst, die die bei zu viel Nachgiebigkeit gegenüber Streichungswünschen von Vorranggebieten die juristische Standfestigkeit des künftigen Regionalplans anzweifelten. Natürlich ist es erfreulich, dass gerade die großen Bedenken aus Weismainer Sicht Gehör fanden und die dortigen Standorte für künftige Anlagen, die bis zu 200 Meter hoch sind, spürbar eingeschränkt wurden. Die Mitglieder der Bürgerinitiative, die die Trommel gegen die Überlastung dieses Landkreis-Teils mit Windkraftanlagen gerührt haben, können auf das Ergebnis anstoßen. Der Appell von Udo Dauer gehört ebenso zum Erfolg wie der Rückhalt, den Landrat Meißner dem Weismainer Bürgermeister gab.

# Bamberg-Land

Ostereier-Schau  
mit Bürgermeister Schlund  
LANDKREIS BAMBERG, SEITE 18



## Protest-Demo blieb ohne Folgen

**REGIONALVERSAMMLUNG** Der Planungsverband Oberfranken-West beschloss die Ausweisung von Vorrangflächen für Windkraft-Anlagen. Ein Antrag zur Vertagung aus Lichtenfels und Forchheim fand keine Mehrheit.

VON UNSEREM REDAKTIONSMITGLIED  
HANS W. PENNING

Landkreis Bamberg - Am Ende war nicht so ganz klar, ob es bei dieser Abstimmung in der Verbandsversammlung des Regionalen Planungsverbandes Oberfranken-West mehr um die Zukunft ging oder um die Sache selbst. Denn in der Sache wird sich auch Oberfranken-West an den Beschlüssen des bayerischen wie des Bundeskabinetts in Sachen Energiewende zu orientieren haben, und die lagen gestern einfach noch nicht vor, weil sie erst in diesen Tagen gefasst werden. Deshalb beantragten die Landräte von Lichtenfels und Forchheim, Christian Meißner (CSU) und Reinhardt Glauber (FW), die Sache zu vertagen. Doch damit stießen sie auf Widerstand, vor allem aus Stadt und Landkreis Bamberg.

Bevor Günther Denzler die nach seinen Worten „letzte Runde“ bei der Verabschiedung des Regionalplanes in Sachen Vorrangflächen zur Nutzung der Windenergie einläutete, merkte er noch an, dass die damit auszuweisenden Flächen noch nicht verbindlich seien. Grund: Das Bundeskabinett müsse erst noch über die in den Koalitionsvereinbarungen zwischen SPD und CDU/CSU ausgehandelte „Länderöffnungsklausel“ befinden, die den Bundesländern eigene Regelungen zum Beispiel über die nötigen Abstände von Windrädern zu Wohngebieten ermöglichen. Und erst danach könne der Freistaat Bayern für sein Gebiet entsprechende Festlegungen treffen (und damit wiederum

„Erst wenn wir  
alles wissen,  
können wir auch  
entscheiden.“

Christian Meißner  
Landrat

### AUSSTELLUNG

## Stauffenberg-Dokumentation macht in Hirschaid Station

VON UNSERER MITARBEITERIN  
ANDREA SPÖRLEIN

Hirschaid - Im Rathaus ist bis 27. April die Wanderausstellung „Claus Schenk Graf von Stauffenberg und der Umsturzversuch vom 20. Juli 1944“ zu sehen. Es handelt sich um eine Dokumentation der „Stiftung 20. Juli 1944“ und der „Gedenkstätte Deutscher Widerstand“.

Bürgermeister Andreas Schlund (CSU) eröffnete sie nach einem Gottesdienst in der Pfarrkirche St. Vitus, den „The Golden Gospel Choir“ aus Schwaig bei Nürnberg umrahmte, und einer Kranzniederlegung am Kriegerdenkmal. Unter den Ehrengästen war auch Claus Schenk Graf von Stauffenberg



Von Demonstrationen begleitet war auch gestern die Sitzung des Regionalen Planungsverbandes im Bamberger Landratsamt. Alle Teilnehmer - hier im Vordergrund der Lichtenfelser Landrat Christian Meißner - wurden mit Sprechchören wie „Ja zu 10 h“ empfangen. Foto: Ronald Rinkler

den Regionalen Planungsverbänden die Grundlagen für ihre Planung vorgeben). Denzler sah allerdings die Gefahr einer „Verspargelung“ der Landschaft durch Windräder, wenn es keinen Regionalplan gebe, und bat, die Konsequenzen einer Verzögerung zu bedenken.

Keine negativen Folgen befürchtete allerdings der Lichtenfelser Landrat Christian Meißner. „Die Zeit bis zur nächsten Zusammenkunft ist doch recht überschaubar“, hielt er in der Begründung seines Geschäftsordnungsantrages entgegen, den Beschluss über die Ausweisung von Vorrangflächen zur Nutzung der Windenergie zu vertagen. „Ich glaube nicht an eine plötzliche Verspargelung der Landschaft“, so Meißner, schließlich diskutiere man die Fortschreibung des seit 1998 gültigen Regionalplanes schon seit 2010. Außerdem lägen „wesentliche Planungsgrundlagen“

wie die Entscheidungen in Berlin und München eben noch nicht vor. „Erst wenn wir alles wissen, können wir auch entscheiden.“ Es sei für die Bürger nicht nachvollziehbar, einfach mit der Planung weiter zu machen, als wäre in Berlin und München in der Zwischenzeit nichts geschehen. Schon um die Regierung von Oberfranken bei der Ausführung der Planung nicht „in eine missliche Lage zu bringen“, solle man, so Meißner, mit der Entscheidung noch warten. „Ich appelliere an Sie: Wir vergeben uns doch nichts, wenn wir noch wenige Monate warten. Deshalb bitte ich ganz herzlich um Unterstützung.“

### Es ging auch um Vorsitz

Doch es half alles nichts. Denn von Bamberger Seite aus war die Abstimmung offenbar mit der Grundsatzfrage darüber verbunden worden, wer nun Herr im Hause Regionaler Planungs-

verband ist und - vor allem - sein wird. Und da konnten und wollten die Bamberger Versammlungsmitglieder vermutlich keine Zugeständnisse machen: Man stand zu Günther Denzler und lehnte in dessen vielleicht letzter Sitzung als Vorsitzender zusammen mit Kronach und Coburg den Vorstoß mit elf zu sieben Stimmen ab. Vor der Abstimmung hatten die Sachbearbeiter Christiane Odewald und Thomas Engel ihre Vorlage nochmals ausführlich begründet und appelliert, an der Ausweisung der Vorranggebiete festzuhalten.

Im weiteren Verlauf der Sitzung wurden die Vorrangflächen Geutenreuth-Nord (60 Hektar), Steinfeld-Nord (etwa 40 Hektar), Buckendorf-Süd (48 ha) sowie Pinzberg Süd-West und - Ost (etwa 70 ha) aus der Planung genommen. Neu dazu kommen sollen Brunn-Nord (etwa 140 Hektar), sowie Teilbereiche von Hohenellern und Neu-

dorf/Scheblitz. Damit sieht die Planung laut Geschäftsführer Klaus Motschenbacher jetzt 35 statt 37 Vorranggebiete vor. Die Fläche beträgt insgesamt etwa 2450 Hektar. Festgehalten wurde an den ursprünglichen Abstandskriterien zur Wohnbebauung, weil, so Motschenbacher, die Abstände dann sowieso von den jeweils zu errichtenden Windrädern aus zu messen sind; die Grenzen der Vorrangflächen seien da nicht relevant.

Die Planung wurde einstimmig gebilligt und wird der Regierung von Oberfranken zur Verbindlich-Erklärung vorgelegt.

Mehr Fotos von der Demonstration beim Planungsverband finden Sie auf

inFranken.de

### Polizeibericht

#### Diebe zapften aus Radlader Diesel ab

Strullendorf - Unbekannte zapften über das Wochenende etwa 30 Liter Dieselkraftstoff im Wert von ungefähr 50 Euro aus einem Radlader ab, der in der Nähe der Biogasanlage an der Schleuse stand. Wer hat etwas Verdächtiges beobachtet?, will die Polizeiinspektion Bamberg-Land wissen. Sie erbittet Hinweise unter Telefon 0951/9129310.

#### Zusammenstoß in der Kreuzung

Heiligenstadt - Beim Linksabbiegen vom Markt über die Hauptstraße über sah ein 73-jähriger VW Polo-Fahrer den bevorrechtigten Opel einer 22-jährigen Frau. Es kam zu einem Zusammenstoß, bei dem die junge Frau leicht verletzt wurde. Außerdem gab es Gesamtschaden für etwa 3000 Euro.

#### Wer hat die Unfallflucht gesehen?

Hallstadt - In der Lichtenfelser Straße wurde am Montagvormittag der Außenspiegel eines geparkten schwarzen Audi A 4 angefahren. Der unbekannte Verursacher hinterließ für rund 150 Euro Schaden. Wer zur Aufklärung der Unfallflucht beitragen kann, wird gebeten, sich mit der Polizeiinspektion Bamberg-Land (Telefon 0951/9129310) in Verbindung zu setzen.

### GEMEINDERAT

## Studie wird vorgestellt

Buttenheim - Mit den Ergebnissen der Machbarkeitsstudie zum „Nahwärmenetz Buttenheim“ beschäftigt sich der Marktgemeinderat in seiner Sitzung am heutigen Mittwoch. Ein weiteres Thema bildet die Änderung des Flächennutzungsplans im Bereich „Erlach Nord“ und damit zusammenhängend auch das künftige gleichnamige Baugebiet. Die öffentliche Sitzung im Feuerwehrgerätehaus beginnt um 19.30 Uhr. red

### VORTRAG

## Orthopäde informiert

Frensdorf - Am Donnerstag, 10. April, findet im Saal des Bauernmuseums in der Hauptstraße 3 um 19 Uhr eine medizinische Informationsveranstaltung statt. Unter dem Titel „Das neue Knie- und Hüftgelenk - ist es wirklich schon nötig?“ referiert der Facharzt für Orthopädie und Unfallchirurgie, Hans Fünfgelder. In seinem Vortrag geht es neben den medizinischen und technischen Aspekten der Endoprothetik auch um praktische Empfeh-



Besucher in der Hirschaid Wander Ausstellung Foto: Andrea Spörlein

mit seinem Team die Ausstellung organisiert hat. Die Markt-gemeinde gehört dem „Bündnis gegen Rechts“ in der Metropolregion Nürnberg.

Viel Zuerpruch fand dort 2013

schwister-Scholl-Stiftung“ geplant.

Mehr Fotos Weitere Bilder von der Ausstel-

### Führungen möglich

Gruppen können Führungen vereinbaren. Nähere Informa-